

# Der Freisinn

# FDP

Nr. 4  
April 1989  
11. Jahrgang  
Erscheint monatlich

Redaktion:  
«Der Freisinn»  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:  
ofa Orell Füssli Werbe AG  
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich  
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Beschleunigte Teuerung

## Beginnt sich das Inflationskarussell zu drehen?

Die seit zwei Jahren feststellbare Beschleunigungstendenz der Teuerung in der Schweiz hat sich auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres fortgesetzt. Nachdem die durchschnittliche Teuerung im Jahre 1986 nur 0,8% betrug, ergab sich darauf eine Beschleunigung auf 1,4% im Jahre 1987 und auf 1,9% 1988. Im Januar des laufenden Jahres schliesslich betrug die Jahresteu-erung 2,2% und im Februar 2,3%.

Eine parallele Entwicklung ergab sich auch im internationalen Kontext, die mittlere Jahresteu-erung der OECD stieg im Durch-schnitt von 2,6% im Jahre 1986 über 3,2% auf 3,8% im vergange-nen Jahr an. Im Januar 1989 be-trug die Jahresteu-erung gar 4,7%.

### Inflationsbekämpfung zum Preis erhöhter Zinsen

Nachdem die Geldmenge im Ge-folge des Börsencrash im Oktober 1987 deutlich erhöht worden war, oblag es der Nationalbank, diese überschüssige Liquidität nach der Beruhigung der Lage möglichst rasch wieder abzuschöpfen. Dass die Nationalbank dieser Aufgabe nachkam, zeigt sich deutlich an-hand der monatlichen Entwick-lung der bereinigten Notenbank-geldmenge des vergangenen Jah-res: ab dem Monat März waren jeweils im Vorjahresvergleich Ab-

nahmen der Geldmenge zu ver-zeichnen.

### Erschwertes heikles Unterfangen

Dieses an sich schon heikle Un-terfangen wurde noch durch neue institutionelle Gegebenheiten er-schwert: Die Einführung des Swiss Interbank Clearing (SIC) und neuer Liquiditätsvorschriften liess eine Reduktion der Nach-frage nach Geld erwarten. Da deren Ausmass zum voraus nicht abgeschätzt werden konnte, sah sich die Notenbank in bezug auf den Restriktionsgrad ihrer Geld-politik vor eine delikate Aufgabe gestellt. Auf Grund der richtiger-weise behutsamen Anpassung der Geldpolitik an die neuen Ge-gebenheiten kann erst ungefähr ab Mitte Jahr von einer gewissen restriktiven Wirkung der Geld-politik gesprochen werden, was sich folgerichtig in steigenden

Zinsen ausdrückte – einem Fak-tum, das nicht überall mit Wohl-wollen quittiert wurde.

Längerfristig überwiegt jedoch der teuerungsdämpfende Effekt höherer Zinsen den vermeintlich inflationsfördernden Impuls ei-ner einmaligen Überwälzung ge-stiegener Zinsen auf die Preise. Zudem darf nicht vergessen wer-den, dass ein höheres Zinsniveau auch einen positiven Einkom-menseffekt hat, indem Sparbü-cher, Obligationen und Festgel-der besser verzinst werden. Die nachfragedämpfende Wirkung gestiegener Schuldzinsen wird da-mit zumindest teilweise kompen-siert. Daraus wird klar, dass der konjunkturelle Bremseffekt höhe-rer Zinsen auch eine Frage des Ausmasses der Steigerung ist.

### Wichtige internationale Koordination

So positiv die aktuelle Geldpoli-tik der Notenbank zu würdigen ist, muss doch daran erinnert werden, dass sie nur einen Teil der relevanten Bestimmungsfak-toren der Preisentwicklung beein-flussen kann. Die seit dem De-zember 1988 wieder anziehende Teuerung der Importwaren zeigt dies deutlich auf. Die sich inter-national abzeichnende Bewegung des Inflationskarussells kann wohl nur dann gestoppt werden, wenn die wichtigsten Notenban-ken der Industriestaaten in ge-genseitiger Absprache konse-quent bei ihrer gegenwärtig res-riktiv ausgerichteten Geldpoli-tik bleiben. Eine gewisse Ab-schwächung des Wachstums, nicht aber eine Rezession, ist da-bei als Preis für die Geldwert-stabilität in Kauf zu nehmen.

Aus der Antrittsrede des neuen FDP-Präsidenten

## «Engagierter, offensiver und basisnäher politisieren»

Nach seiner Wahl zum neuen Präsidenten der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) am Parteitag in Neuenburg nahm Nationalrat Franz Steinegger auch zu einigen aktuellen Fragen Stellung. Daraus ein Auszug:

Der Sammlung der liberal den-kenden Bürger vorzustehen ist eine besondere Aufgabe. Eine Stärke unserer Partei ist ihr brei-tes Spektrum mit einer starken Basis, aber auch mit Flügeln. Eine liberale Partei muss Flügel haben, wenn sie ihre Aufgabe er-füllen will.

### Nicht in Sack und Asche herumgehen

Ich übernehme die Partei zu einem Zeitpunkt, da einerseits der Zeitgeist den Parteien nicht sonderlich günstig gesinnt ist und andererseits unsere Partei sich in einer etwas besonderen Konstel-lation befindet. Zu letzterem möchte ich ausdrücklich festhal-ten, dass die Vorfälle der jüngsten Vergangenheit Züge des Einmaligen tragen, die durch eine per-sönlich bedingte Konstellation entstanden sind. Wir sind aller-dings bereit, aus diesen Vor-kommnissen zu lernen und eine höhere Sensibilität für die Ent-wicklung derartiger Konstellati-onen zu entfalten. Wir haben über-dies unseren Beitrag geleistet, da-mit die strafrechtliche Beurteil-ung ordnungsgemäss erfolgen und damit die Angelegenheit auch politisch im Parlament be-wältigt werden kann. Allerdings ist noch bei keiner der vielen Amtsheimnisverletzungen auf hoher Bundesebene ein derart hoher politischer Preis bezahlt worden.

Ich habe deshalb nicht die Ab-sicht, als Parteipräsident in Sack und Asche herumzugehen. Wir wollen den Blick nach vorne rich-ten und so die eingetretene Ver-unsicherung überwinden. Wir ha-ben nicht nur Verunsicherung zu überwinden, sondern auch eine gewisse Satttheit, die uns dazu verleitet, auf Hiebe zu warten statt initiativ zu sein.

### Wir brauchen nicht ein neues Programm

Wir Freisinnigen müssen weder unser Grundsatzprogramm über-denken noch unsere Zielsetzungen neu formulieren. Wir müssen aber wieder engagierter, offensiver und basisnäher politisieren. Es wird deshalb eines meiner grossen Anliegen sein, die Kon-takte mit unserer Parteibasis zu suchen. Im Vordergrund stehen für einen schweizerischen Partei-präsidenten selbstverständlich die Kantonalparteien. Dann natür-



lich aber auch die uns nahe-stehenden Organisationen: die Jungliberale Bewegung, die Schweizerische Vereinigung Frei-sinnig-Demokratischer Frauen, die Liberalen Baugenossenschaften sowie der Schweizerische Freisinnig-Demokratische Presse-verband.

Ich habe nicht die Absicht, die Partei ständig mit ihrer eigenen Innenansicht zu beschäftigen oder über die Frage zu diskutieren, ob sich die Partei nach rechts oder links oder zur Mitte ver-schieben soll. Für die grösste Par-tei der Schweiz genügt es auch nicht, besorgte Blicke in den Rückspiegel zu tun, um so zu schauen, ob man noch vorne liegt. Unsere Partei muss nach vorne in die Zukunft blicken, nach konkreten Perspektiven für die Gesellschaft von morgen su-chen.

### Mit Widersprüchen leben

Als breite Volkspartei haben wir dabei mit Widersprüchen zu le-ben. Entscheidend ist aber, dass wir die wirklich bewegenden The-men ausdiskutieren, und zwar so überzeugend, dass dies die Wäh-ler bindet. Auch wenn Emotions-politik manchmal mehr Schlag-zeilen macht, wollen wir trotzdem Sachpolitik betreiben. Sachpolitik auf freisinniger, liberaler Basis, mit der wir unsere Kompetenz zur Lösung der wirklichen Pro-bleme beweisen. Von dieser Marschrichtung dürfen wir uns auch nicht durch modische, kurz-fristig aufflackernde neue Bewe-gungen abbringen lassen. Ganz besonders nicht, wenn diese Be-



Der am Neuenburger Parteitag der FDP der Schweiz zurückgetretene Parteipräsident Ständerat Bruno Hunziker (links) im Gespräch mit Bundesrat Kasper Villiger. In dieser «Freisinn»-Nummer orientieren wir Sie ausführlich über das Geschehen in Neuenburg.

Zu den Kosovo-Unruhen

## Konflikt mit gesamtjugoslawischer Komponente

In der südjugoslawischen Provinz Kosovo nehmen die Unruhen kein Ende. Die albanische Bevölkerung lehnt sich immer mehr und immer heftiger gegen Verfassungsänderungen auf, die die Autonomie der Provinz beschneiden, das heisst die Kontrolle durch Serbien verstärken. Ein Bericht von Auslandredaktor Jacques Baumgartner:

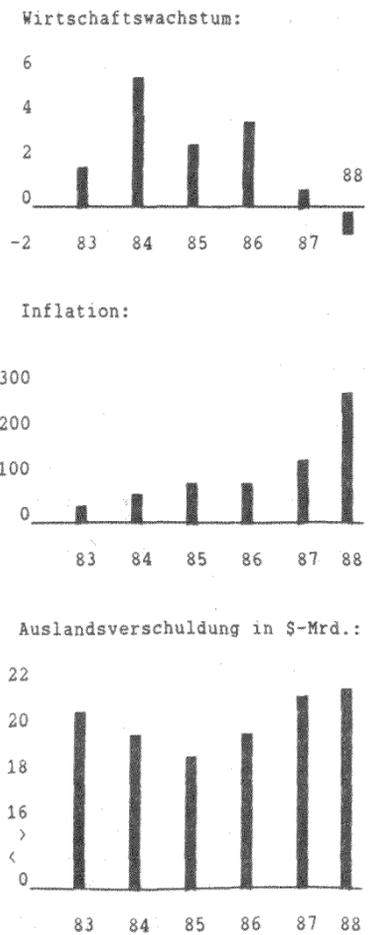
Kosovo kommt nicht zur Ruhe, und der Konflikt dürfte sich noch verschärfen. Bei den gewalttätigen Ausschreitungen kamen bereits mehrere Menschen ums Leben. Die Behörden reagierten darauf mit neuen Sicherheitsmassnahmen, mit denen sie die Situation in den Griff zu bekommen hoffen. In der ganzen Provinz gilt eine nächtliche Ausgangssperre, sind Versammlungen von mehr als drei Menschen und alle öffentlichen Veranstaltungen verboten. Diese Massnahmen würden so lange in Kraft bleiben, wie es heisst, «wie die Umstände, die zu ihrer Ergreifung geführt hatten, bestehen bleiben».

### «Tito Nummer 2»?

Seit Beginn der achtziger Jahre flammen immer wieder Unruhen in Kosovo auf. Auf den ersten Blick will es scheinen, es handle sich um eine Auseinandersetzung zwischen Albanern und Serben. In der Tat: Die Albaner sind zwar mit 1,8 Millionen oder 7,7 Prozent eine Minderheit im jugoslawischen Vielvölkerstaat (23,2 Millionen), aber in Kosovo stellen sie heute die Bevölkerungsmehrheit, nämlich über neunzig Prozent der zwei Millionen Einwohner. Das heisst, die Albaner verdrängen die Serben: Allein vergangenes Jahr verliessen über 30 000 Serben die an Albanien angrenzende Provinz.

Kosovo ist die Wiege der serbischen Kultur, die Geburtsstätte des mittelalterlichen Gross-Serbiens. Die Serben befürchten, dass aus einem albanischen Kosovo bald einmal zusammen mit Albanien ein Gross-Albanien entstehen könnte.

Der Konflikt hat aber eine gesamtjugoslawische Komponente. Den latenten Nationalismus seiner Landsleute nutzt der serbische Parteichef, Sloban Milosowitsch, für seine eigenen politischen Ambitionen. Er möchte der «Tito Nummer 2» werden. Und davor fürchten sich die



anderen jugoslawischen Völker, denn das bedeutete serbische Dominanz wie in den Jahren 1918 bis 1941.

### Zeitbombe

Als Josip Broz, genannt Tito, 1980 starb, hinterliess er dem Vielvölkerstaat eine Zeitbombe, die nun zu explodieren droht: Um die Herausbildung eines neuen Diktators zu verhindern, änderte er 1974 die Verfassung dahin, dass die Führungspositionen der «Sozialistischen Bundesrepublik» jährlich von einer anderen Person zu besetzen seien. Doch das Rotationsprinzip als Klammer, um die Nation zusammenzuhalten, funktionierte nur, solange Tito lebte. Der legendäre Partisanenführer legte mit dieser Verfassungsänderung den Grundstein für die Spaltung der Partei, des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ). Der BdKJ ist heute eine lose Koalition von acht verschiedenen kommunistischen Parteien, und zwar sowohl auf nationaler als auch auf Bundesebene.

Es herrscht nahezu ein Krieg aller gegen alle, in dem sich religiöse Gegensätze zwischen Katholiken, Orthodoxen, Mohammedanern mit den nationalen Gegensätzen zwischen Kroaten (4,42 Millionen), Makedoniern (1,34), Montenegrinern (557 000), Slowenen (1,75), Serben und Albanern sowie Jugoslawen (1,22; das sind Bürger ohne «ethnischen Stamm») vermischen und bis anhin schlummernde alte Leidenschaften, Fanatismus und gar Hass wecken. Neben der albanischen Minderheit gibt es noch 36 000 Bulgaren, 15 132 Italiener, 55 000 Rumänen, 23 000 Ruthenen, 80 000 Slowaken, 19 000 Tschechen, 101 000 Türken, 13 000 Ukrainer, 32 000 Walachen sowie 170 000 Roma genannte Zigeuner.

Seit Titos Tod geht es wirtschaftlich stetig talwärts. Die Auslandsverschuldung übersteigt derzeit 22 Milliarden Dollar. Die Inflation nähert sich der 350-Prozent-Marke. Siebzehn Prozent der erwerbstätigen Jugoslawen sind arbeitslos. Mangels eines wirklichen politischen Zentrums wurden bisher tiefgreifende Reformen nicht oder nur halbherzig durchgeführt. Eine marktwirtschaftliche Ausrichtung beziehungsweise Politik wäre notwendig, um aus der Krise zu gelangen und, letztlich damit verbunden, dem neuerwachten serbischen Nationalismus etwas den Nährboden zu nehmen.

### Kapitalismus als Quelle der Inspiration

Das bedingte allerdings, dass der Bund der Kommunisten Jugoslawiens auf sein wirtschaftliches (Planwirtschaft) und politisches (Einparteiensystem) Credo verzichtete. Diese Einsicht scheint sich heute (langsam) durchzusetzen. Anfang Januar verabschiedete das Bundesparlament in Belgrad eine Reihe von Gesetzen, die eine Abkehr vom gescheiterten System der Arbeiterselbstverwaltung beziehungsweise in letzter Konsequenz die Wiedereinführung des Kapitalismus bedeuten. Kurz gesagt, auch für Jugosla-

wien wird der Kapitalismus zur Quelle der Inspiration.

Obwohl ein kommunistischer Staat seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges, genossen die Jugoslawen die weitgehendsten Freiheiten im Vergleich zu den zum Sowjetblock gehörenden osteuropäischen Staaten. Aber die gesamte Wirtschaft, vom kleinsten Café bis hin zum grössten Industriekomplex, galt als Staatseigentum. Theoretisch gab es in Jugoslawien keine Privatwirtschaft. Enorme Steueransätze und Hunderte von Reglementierungen schränkten ein und schreckten potentielle Privatunternehmer ab. Die meisten Einschränkungen gelten jetzt nicht mehr, der «Sozialismus» wurde buchstäblich zum Fenster hinausgeworfen.

Wirtschaftliche Enttäuschungen («Frust»), das heisst sinkender Lebensstandard und politische Leere, seit dem Tode von Tito haben dazu geführt, dass Jugoslawien erneut ein «ethnisches Pulverfass» wurde. Kroaten und Slowenen sind die reichsten, wirtschaftlich am weitesten entwickelten (katholischen) Republiken. Einstmals gehörten sie Österreich-Ungarn. Beide Republiken blicken westwärts; mehr als die Hälfte ihres Handels tätigen sie mit der Europäischen Gemeinschaft (EG). Der Lebensstandard der Slowenen und Kroaten ist der höchste in einem kommunistischen Staat, und sie wollen ihr relatives materielles Wohlergehen nicht verlieren. Könnten sie, wie jüngst Umfragen ergaben, würden beispielsweise die Slowenen schon heute der «Sozialistischen Bundesrepublik» den Rücken kehren.

Slowenen und Kroaten, vorab die Kroaten, misstrauen den Serben – die gewissermassen das Zentrum, das «Herz» Jugoslawiens sind – von alters her. Tito glaubte, die Ängste in seiner kroatischen Heimat zerstreuen zu können, als er innerhalb Serbiens die autonomen Provinzen Kosovo und Wojwodina schuf. «Jugoslawien haben wir geschaffen», sagen die Serben. Tito habe Serbien «amputiert». Sloban Milosowitsch werde den Serben wieder geben, was ihnen gehöre.

### Doppelte Gefahr

Jugoslawien stehen gewissermassen doppelt gefährliche Zeiten bevor: Viele Jugoslawen glauben, dass die eingeleiteten Wirtschaftsreformen über Nacht zu neuem Wohlstand führen werden. Das ist eine Illusion. Das Land braucht nach Ansicht von Wirtschaftsexperten mindestens zehn Jahre, um sich zu erholen. Die Ungeduld könnte die ethnischen Spannungen noch verstärken. In einem solchen, das heisst im schlimmsten Falle greift die Armee ein, indem der Kriegszustand (wie seinerzeit 1981 in Polen) über das Land oder über einzelne Republiken oder Provinzen (Kosovo) verhängt wird. In der Armee dominieren die Serben, und die Armee ist Garant für den Zusammenhalt des Vielvölkerstaates sowie Bastion konservativer Kommunisten. Alle Armeeoffiziere – und 95 Prozent der Polizeieinheiten – sind BdKJ-Mitglieder. Ein Staatsstreich ist nicht unwahrscheinlich. Zu Jahresanfang wurde bekannt, dass in der Armee eine Liste «liberaler» Slowenen zirkuliere, die es zu verhaften gelte.

Und die Serben rüsten zur Sechshundert-Jahr-Feier der Schlacht auf dem Amsfeld: Am Veitstag (28. Juni) des Jahres 1389 stellten sich, von den abendländischen Staaten allein gelassen, 35 000 Serben und Bulgaren auf dem Kosovo Polje bei Pristina hunderttausend Türken und kämpften bis zum letzten Mann. Nach epischer Auffassung, die in ungezählten Heldenliedern ihren Ausdruck fand, erkaufte sich Serben und Bulgaren auf dem Kosovo Polje ihre Ehre durch



den Opfertod eines der Ihrigen, des halblegendären Milosch Obilitsch, der den siegreichen Sultan Murad I. auf der Walstatt erstach. Der Tag des heiligen Vet («Vidov dan») und die Gestalt des Tyrannenmörders wurden zu Symbolen, an denen bis heute die Hoffnungen der Südslawen, der Serben und Bulgaren, auf Befreiung und nationale Einigung hochran-

ken.

Ein Beitrag zur Diskussion

## Hypozinserhöhung unter der Lupe

Die jüngste Hypothekarzinsrunde hat für einiges Aufsehen gesorgt. Gar der Bundesrat sah sich veranlasst, dazu Stellung zu nehmen. Nachstehend im Sinne eines Beitrages zur laufenden Diskussion eine Stellungnahme aus Bankenkreisen:

Objektive Beobachter der Lage an der Hypozinsfront sind sich einig darüber, dass die jüngste Entwicklung durch die restriktive Geldpolitik der Nationalbank eingeleitet wurde. Diese will ihrem Auftrag, die Inflation möglichst gering zu halten, unbedingt nachkommen. Selbst Hypozinssteigerungen werden zur Erreichung dieses übergeordneten Ziels in Kauf genommen.

### Besondere Konstellation

Die SNB-gewollte Geldverknappung sowie die Anhebung der Leitzinsen führte zu einer raschen und starken Erhöhung der kurzfristigen Zinsen und zu einer «inversen» Zinsstruktur, da die langfristigen Zinsen sich nur unbedeutend nach oben bewegten. Diese Konstellation verteuerte die Refinanzierungskosten der Banken und verringerte den Spargeldzufluss. Gegebenheiten, welche die Finanzinstitute trotz einem enormen Konkurrenzkampf im Hypothekargeschäft zu einer einheitlichen Hypozinserhöhung zwangen.

### Insulares Denken von Bundesrat Stich?

Bei vertiefter Ursachenforschung wird man gewahr, dass die im internationalen Vergleich schlechtere Position des Finanzplatzes Schweiz für die bei den Hypozinsen eingetretene Zinsrunde mitverantwortlich ist. Diese auf verschiedene Umstände zurückzuführende Entwicklung führte zu einer Schwächung des Frankens. Hierbei scheint auch die ungelöste Diskussion rund um die Stempelsteuer eine nicht unbedeutende Rolle zu spielen. Um so unverständlicher ist deshalb die bundesrätliche Mahnung an die Adresse der Banken. Sieht es doch ganz danach aus, dass Bundesrat Otto Stich mit seinem «insularen Denken» beim Stempel höchstselbst zur verhängnisvollen Qualitätseinbusse der Schweiz als Anlageland und damit zur Hypozinserhöhung beiträgt.

### Zahlreiche Faktoren

Eine differenzierte Betrachtung der Hypothekarzinsbildung zeigt

eindeutig, dass diese Grösse von einer Reihe von Faktoren beeinflusst wird, die sich ausserhalb der Einwirkungsmöglichkeiten der Banken befinden. Die Schweiz ist eben auch in Zinsfragen keine Insel mehr: Die internationalen Kapitalströme reagieren, nicht zuletzt auch wegen der verbesserten Kommunikationsmöglichkeiten, rascher und sensibler auf Zinsatzveränderungen. Dies dürfte sich nach EG 92 noch verstärkt zeigen, wenn die EG-Länder durch einen einheitlichen Finanz- und Kapitalmarkt verbunden sein werden.

### Finanzplatz nicht noch weiter schwächen!

Was unser Land – nicht zuletzt im Hinblick auf die in Bälde sich vollziehende Integration Europas braucht – ist u. a. eine langfristige und ganzheitliche Finanzpolitik. Diese muss liberale Rahmenbedingungen schaffen, die den Finanzplatz Schweiz festigen, nicht schwächen. Interventionistische Eingriffe durch einen Preisüberwacher etwa in den subtilen Bereich der Zinsmechanismen (wie es die Preisüberwachungsinitiative II vorsieht), wären eine arrogante Dummheit. Die internationale Konkurrenzfähigkeit der Banken und damit des Finanzplatzes Schweiz würde dadurch weiter abgebaut, was sich für unser Land gegenüber einem integrierten Europa dereinst als fatal erweisen könnte...

### Der Freisinn

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Bahnhofplatz 10, 3001 Bern.  
 Redaktion «Der Freisinn», Postfach 2642, 3001 Bern, Telefon (031) 22 34 38. Verantwortlich für die Redaktion, Generalsekretariat FDP der Schweiz: Christian Kauter. Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.  
 Inseraten-Verwaltung: OFA Orell Füssli Werbe AG, Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich, Telefon (01) 251 32 32.  
 Druck: Neue Zürcher Zeitung, Postfach, 8021 Zürich.  
 Einzelnummer Fr. 2.–, Jahresabonnement Fr. 20.–.

Deutliche Worte von Ständerat Hunziker

## Unterstützung für Arbenz

In seiner politischen Lagebeurteilung ging der scheidende FDP-Präsident, Ständerat Bruno Hunziker, auch auf die von verschiedener Seite betriebene Kopffjägeri, die Villiger-Sendungen wie die Kritik am Delegierten für das Flüchtlingswesen, Peter Arbenz, ein:

In den letzten Wochen und Monaten hat sich ein neues helvetisches Politspiel eingebürgert: nämlich die Kopffjägeri. Als Jäger betätigen sich vorab zwei Bundesratsparteien, aber auch weitere Gruppierungen. Als Opfer erwählt wurden einige Chefbeamte des Bundes. Die FDP hat sich an diesen Spielchen bis anhin nicht betätigt – und sie wird es auch in Zukunft nicht tun. Unsere Beamenschaft ist ein Teil unserer Institutionen. Und diese dürfen nicht mit Scherbengerichten und Hexenjagden in Misskredit gebracht werden. Der Grossteil unserer Beamten aller Stufen arbeitet solid und gut.

### Unzutreffende ungeheuerliche Behauptungen

Als Opfer erwählt wurden einige Chefbeamte des Bundes. So beispielsweise Bundesanwalt Gerber. Die von alt Bundesrichter Haefliger durchgeführten Abklärungen haben ergeben, dass Fehler vorgekommen sind, die allerdings als nicht gravierend beurteilt werden. Die ungeheuerlichen Behauptungen, der Bundesanwalt habe mehrmals Berichte zu Drogenfällen abgeschwächt oder gar Drogenhändler und Geldwäscher gedeckt und der Strafverfolgung entzogen, sind nicht bestätigt worden. Trotzdem musste er gehen. Im gegenseitigen Einvernehmen, wie es hiess.

Dass dieser Vorfall und andere Ungeschicklichkeiten unsere Beamenschaft und unsere Institu-



tionen in Misskredit bringen und tiefe Verunsicherung schaffen, ist mehr als verständlich. Wer kann daran ein echtes Interesse haben? Es soll wieder einmal festgehalten werden, dass der Grossteil unserer Beamten aller Stufen solid und gut arbeitet. Wegen einiger Einzelfälle, die zudem noch der Abklärung bedürfen, darf unsere Beamenschaft nicht leichtfertig und pauschal diskreditiert werden.

### Ja zur Asylpolitik

Keinen Beitrag zur Lösung des äusserst undankbaren Problems Asylpolitik hat die Mehrheit der Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Nationalrates mit ihrer Beurteilung der Asylfälle Musesy und Maza geleistet. Im Ge-

genteil: Mit juristischen Haarspaltereien bezüglich Verfahrensfragen wurde die Tatsache übertrücht, dass zur Hauptfrage, ob die beiden Asylgesuche zu Recht abgelehnt wurden, die Untersuchung keinen anderen – also negativen – Befund ergab. Die Fehler, die dem Flüchtlingsdelegierten bei der Ausweisung der beiden Fälle vorgeworfen werden, wirken deshalb ziemlich gesucht.

Der Mehrheitsentscheid der nationalrätlichen GPK ist im asylpolitischen Gesamtzusammenhang zu sehen, wo einerseits selbsternannte Asylgruppen, die keine Verantwortung tragen, sich in Szene setzen und andererseits mit gezielten Indiskretionen eine Anti-Asylpolitik-Kampagne geführt wird. Gerade mit Blick auf dieses Umfeld ist um so unverständlicher, dass sich die Mehrheit der GPK vor diesen politisch ausgerichteten Karren spannen liess. Sie hat damit auch keinen Beitrag zur Vertrauensbildung geleistet, sondern durch die Überbewertung nebensächlicher Verfahrensmängel das ohnehin angespannte asylpolitische Klima weiter verschärft.

Ich habe es bei früherer Gelegenheit schon gesagt und wiederhole es: Die FDP steht hinter der vom Souverän an der Urne gutgeheissenen Asylpolitik, und sie sieht keine Veranlassung, davon abzuweichen. Zudem geniessen der Delegierte für das Flüchtlingswesen und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Lösung der ihnen übertragenen schwierigen Aufgabe unser Vertrauen.

### Villiger-Angriffe: widerlich und perfid

Besonders widerlich und perfid ist der Versuch von Journalisten von Radio DRS, Bundesrat Villiger wegen behaupteter Geschehnisse in Misskredit zu bringen, die, wenn überhaupt, seinen Vater und seinen Onkel betreffen und in eine Zeit fallen würden, in der Kaspar Villiger noch gar nicht geboren war. Einer der betreffenden Radiomacher gehört zu den hundert Erstunterzeichnern der Armeeabschaffungs-Initiative, und die Attacke richtet sich gegen den EMD-Chef –

Erklärung des Delegiertenrates und der Fraktion

## Harsche Kritik an den Villiger-Sendungen

Der Delegiertenrat der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) sowie die Freisinnig-Demokratische Fraktion der Bundesversammlung sind aufs höchste befremdet über die von Radio und Fernsehen DRS ausgestrahlten Sendungen über die Familie Villiger und deren Unternehmen. Dies hielten beide Gremien gemeinsam in einer Erklärung gegenüber den FDP-Delegierten an deren Parteitag in Neuenburg fest.

Sie verurteilen aufs entschiedenste die unsachlichen und haltlosen Unterstellungen, die darin insbesondere gegen Bundesrat Kaspar Villiger erhoben werden. Sie lehnen solche perfiden Attacken klar und unzweideutig ab.

Die FDP erwartet von den zuständigen Instanzen der SRG wie aber auch deren Aufsichtsorganen, dass auf die zahlreichen Fragen, die sich im Zusammenhang mit diesen Sendungen stellen, Antwort gegeben wird sowie die sich daraus ergebenden Konsequenzen gezogen werden.

Die FDP stellt fest, dass sich die Sendung im Radio wohl vordergründig der Geschichte des Familienunternehmens Villiger annimmt, in Tat und Wahrheit jedoch darauf abzielt, in zweierlei Richtung Stimmung zu machen. Einerseits gegen Bundesrat Villi-

ger, dessen persönliche Integrität in Abrede gestellt wird, und andererseits gegen die geplanten Gedenkveranstaltungen an die Mobilisierung 1939 wie auch mit Blick auf die Abstimmung über die Armeeabschaffungs-Initiative.

Die FDP gibt ihrem Erstaunen darüber Ausdruck, dass in den Sendefässen der beiden Monopolmedien einmal mehr einem «Enthüllungsjournalismus» Platz eingeräumt wird, bei dem die Fakten nicht übereinstimmen und Sendungen ausgestrahlt werden, die minimalsten journalistischen Anforderungen nicht genügen. Die FDP erwartet, dass bei der SRG die Konsequenzen gezogen werden, da sie nicht mehr länger bereit ist, diese inszenierte Demontagekampagne gegen eine intakte Persönlichkeit mit von Staates wegen erhobenen Konzessionsgeldern zu finanzieren.

welch seltsamer Zufall. Man wird wohl mit noch weiteren solch tristen Monopolmedienaktionen rechnen müssen, deren Akteure sich als selbsternannte Säuberungsdetektive betätigen wollen. Glücklicherweise distanzieren sich die meisten Journalisten von solch trüben Praktiken. Gestattet sei die simple Frage, ob und wie die zuständigen Organe von Radio DRS – wie der SRG generell – reagieren werden.

fällige dunkle Punkte herauszufinden.

Nach meiner Überzeugung ist der Beweis für den in der Sendung erhobenen schweren Vorwurf – Ausnützung der Notlage einer jüdischen Konkurrenzfirma und daraus schliessend Sympathien der damaligen Firmeninhaber, des verstorbenen Max Villiger, Vater von Bundesrat Villiger, und Hans, Onkel von Kaspar Villiger, für den Nationalsozialismus – nicht erbracht worden. Bundesrat Villiger wies am Schluss der Sendung die Vorwürfe gegenüber seinem Vater und seinen Onkel wie auch bezüglich der Jubiläumsschrift zurück. Er tat dies mit der bei ihm üblichen Ruhe und Überlegenheit sowie glaubhaft und auf überzeugende Art und Weise.

### Unzutreffende Anschuldigungen

Ich habe Max und Hans Villiger sehr gut gekannt und damit auch die Firma Villiger in Pfeffikon. Stets war ich ein scharfer Gegner des Nationalsozialismus. Das gilt auch für Max und Hans Villiger, der mit mir dem Grossen Rat des Kantons Luzern angehörte und mit dem ich während 8 Jahren in der liberalen Fraktion und im Ratsplenum politisierte. Es wäre mir, nachdem ich bereits seit 1938 politisch tätig gewesen war und von 1940 bis Kriegsende gegen 1000 Aktivdiensttage als Offizier

Fortsetzung auf Seite 4

### Hunziker: Gegen Medienrummel

In seinen Abschiedsworten als Parteipräsident wies Ständerat Hunziker auch auf zwei Bereiche hin, die ihm Sorge bereiten:

Sorge bereiten mir zwei Erscheinungen, die sich erst in jüngster Zeit ausgeprägt haben. Zum einen der mangelnde Dialog, zum andern der ständig wachsende Pendenzenberg an politischen Geschäften und die damit verbundene geringe Bereitschaft, speditiv Entscheidungen zu fällen.

Die Zahl der politischen Einzelkämpfer, die sich im Medienrummel sonnen, ist grösser geworden. Es kommt eine weitere Entwicklung hinzu, an der die Medien nicht ganz schuldlos sind. Nämlich die Politik als Unterhaltungsfaktor. Es mag Leute geben, denen Politik als Unterhaltung dient und denen es Spass macht, wenn sich Exponenten von Parteien lautstark streiten. Statt mit Argumenten wird mit dem Zweihänder gefochten. Das ist eine Methode, die in die politische Unkultur führt. Sie dient der Verhärtung der Fronten und Zerstörung des Dialogs. Ebensovienig tragen Drohgebärden und Imponiergehabe dazu bei, den politischen Kompromiss, den wir in unserem Land brauchen, zu finden. Wir brauchen heute den Dialog in der Politik mehr als die Konfrontation. Weshalb ich hoffe, dass diese Bewegung, die sich da in jüngster Zeit abgezeichnet hat, wieder verschwinden wird.

Mit Beunruhigung erfüllt mich auch die zunehmende Staulage der hängigen parlamentarischen Geschäfte. Trotz dem respektablen Leistungs-

ausweis, über den die eidgenössischen Räte verfügen, darf nicht darüber hinweggesehen werden, dass der Pendenzenberg noch grösser geworden ist. Dies betrifft insbesondere den Nationalrat. Um dieser Staulage begegnen zu können, braucht es aber nicht mehr Sondersessionen, da damit höchstens Anreize für weitere parlamentarische Vorstösse geschaffen werden. Es bedarf eines wirkungsvolleren Ratsbetriebs, weshalb wieder einmal entsprechende Überlegungen anzustellen sind. Die zunehmende Lust nach Einzelprofilierung trägt im übrigen auch nicht zur Effizienz des Ratsbetriebes bei. Dies gilt insbesondere dann, wenn Diskussionen, die bereits auf Kommissionsebene geführt wurden, im vollen Umfange im Ratsplenum wieder aufgenommen werden.

Aber auch der Bundesrat muss sich den Vorwurf gefallen lassen, nicht immer in allen Teilen den raschesten Weg gewählt zu haben. Ich möchte nur an das Beispiel der Tempolimiten-Initiative erinnern, wo die Landesregierung den längst fälligen Abstimmungstermin für die abstimmungsreife Vorlage erneut hinausgezögert hat. Er begründete seinen Entscheid damit, dass er noch weitere Expertenberichte abwarten möchte. Wenn eine solche Politik der Expertenberichte, die wir auch schon in anderen Bereichen – ich denke da insbesondere an die Energiepolitik – Schule machen sollte, dann werden wir uns definitiv in das Zeitalter der Entscheidungsunfreudigkeit begeben.

Nach der perfiden Attacke auf Bundesrat Villiger

## Fragen an SRG und DRS

Am Donnerstag, dem 23. März 1989, kam durch eine «dringende Programmänderung» die Sendung «Die Villiger-Firmen-Geschichte – Gratwanderung zwischen Wirklichkeit und Wunsch» ins Programm von Radio DRS. Drei Redaktoren – Rita Schwarzer, Toni Ladner und Peter Metraux – hatten sich aufgemacht, die deutschen Firmenaktivitäten der Firma Villiger in den Jahren 1932 bis 1945 zu schildern. Dazu ein Beitrag von alt FDP-Nationalrat Dr. Kaspar Meier, Luzern.



Der Hörer wurde nicht lange im Zweifel darüber gelassen, was Motiv für diese Sendung war und welchem Zwecke sie dienen sollte. Bekanntlich hat Kaspar Villi-

ger bei seiner Wahl in den Bundesrat mit seinem sauberen und ausgeglichenen Charakter und mit seiner ehrlichen und offenen Art keine Anhaltspunkte für Angriffe geliefert. Auch sein familiäres, berufliches und politisches Umfeld gab trotz «kritischem Hinterfragen» keinen Anlass für negative Zeilen. Das scheint nicht allen Zeitgenossen zu passen – vor allem den drei DRS-Redaktoren nicht.

### Beweis nicht erbracht

Obschon Firmengeschichte nicht zu den bevorzugten Sparten von Radio DRS gehört, kam man – wer wohl und aus welchen Gründen? – zur Auffassung, die Firmengeschichte zum 90jährigen Bestehen der Firma Villiger lohne sich für mehrwöchige, kostspielige Recherchen eines DRS-Dreierteams. Unschwer ist erkennbar, dass es darum ging, all-

Fortsetzung von Seite 3

geleistet hatte, zweifellos aufgefallen, wenn die integren und angesehenen Max und Hans Villiger auch nur im entferntesten Sympathien für den Nationalsozialismus gehegt hätten. Verschiedene Bekannte können meinen Eindruck bezüglich Max und Hans Villiger bestätigen.

Dem 1941 geborenen Bundesrat, der seinen Anteil an der Firma Villiger seinem Bruder verkauft hat, konnte in der Radio-Sendung aus den Geschehnissen der Jahre 1932-1945, die darin «beleuchtet» wurden, kein Vorwurf konstruiert werden. Dagegen wurde ihm vorgeworfen, er und sein Bruder hätten in der Jubiläumsschrift zum 90-jährigen Bestehen der Firma Villiger ein verfälschtes Bild dargestellt. Dies wurde von Bundesrat Villiger und seinem Bruder in der Sendung überzeugend widerlegt.

### Nicht zur Tagesordnung übergehen

Nach diesem jüngsten Beispiel von «Enthüllungsjournalismus» à la Radio DRS (dem beinahe ebenso unkritisch das Fernsehen DRS nacheiferte) kann nicht zur Tagesordnung übergegangen werden. Denn es liegt keine «Affäre Villiger» vor, wie sie die so fleissigen Radio-DRS-Macher offenbar liebend gerne vom Zaune gebrochen hätten, sondern eine «Affäre Radio DRS». Deshalb möchte ich gerne Antworten auf folgende Fragen:

- Wer ist für diese Sendung verantwortlich?
- Aus welchem Grunde wurde diese durchgeführt?
- Wieviel an Zeit und Kosten wurde aufgewendet?
- Wie stehen die Kosten in Relation zu anderen Sendungen?
- Was sagen die Vorgesetzten des Dreiertams und auch die Aufsichtsbehörde zu dieser Sendung, deren eigentlicher Zweck kaum etwas anderes war als die Diskriminierung eines amtierenden Bundesrates sowie die Beeinflussung des bevorstehenden Abstimmungskampfes um die Armeeabschaffungsinitiative?

Fortsetzung von Seite 1

wegungen unsere Programmatik abschreiben und dann noch Auto beifügen. Die Autoren sind allemal kompetenter als die Abschreiber.

### Sachpolitik

Wir werden uns im September mit der Boden- und Wohnungspolitik befassen. Dabei werden wir sicher nicht einer weiteren Verknappung der Bebauungsmöglichkeiten das Wort reden, um anschliessend die Knappheit mit übertriebenem Mieterschutz zu administrieren. Die Lösung wird Richtung Erhöhung des Angebotes in Kombination mit Mieterschutz gehen.

Wir werden uns sodann mit einer kohärenten Drogenpolitik

aus erzieherischen, gesundheitspolitischen, fürsorglichen und polizeilichen Massnahmen befassen.

Das Thema Sicherheitspolitik ist uns durch eine Initiative vorgegeben. Wir haben die Gelegenheit zu benutzen, im Widerstreit von Aufklärung und Vorurteil aufgeklärt für die bewaffnete Landesverteidigung einzustehen. Da wir das Parteivolk der SP als patriotischer einstufen als den Parteivorstand, ist die Frage der Bundesratsbeteiligung der SP noch kein Thema. Allerdings ist festzuhalten, dass hier nicht «nur» die Armee zur Diskussion steht, sondern auch die Idee der schweizerischen Neutralität. Eine unbewaffnete Neutralität in Mitteleuropa gibt es nämlich nicht oder nur bis zum Zeitpunkt, bis

es irgend jemandem nicht mehr gefällt.

### FDP und Wirtschaft

Herausgefordert sind wir auch in der Wirtschaftspolitik. Für uns sind Informationen und Meinungen aus der Wirtschaft keine ansteckende Krankheit, vor der man sich hüten muss. Die Auseinandersetzung mit denjenigen, die arbeiten und produzieren, kann nie schaden. Aus unserem guten Verhältnis zur Wirtschaft beziehen wir auch einen Teil unserer Kompetenz in der Wirtschaftspolitik. Diese Wirtschaftspolitik kann sich auf der ganzen Welt sehen lassen. – Unsere Solidarität mit der Wirtschaft muss aber eine kritische sein. Wir sind nicht die Briefträger der Wirtschaft in der

Politik. Wir haben die Wirtschaftspolitik selbst zu gestalten.

Unsere Partei bleibt auch eine Partei des Rechts und des Rechtsstaates. Wir werden weder das Demonstrationsrecht noch das Asylrecht durch Gewalt oder Missbrauch aushöhlen lassen. Im Bereich der Asylpolitik werden wir uns weiterhin für den Vollzug der rechtsstaatlich getroffenen Entscheide einsetzen. Wir wollen keine demokratisch nicht legitimierte Herrschaft von Unterstützungs-, Solidaritäts- und anderen Komitees.

Herausgefordert ist nicht nur die Parteileitung, Herausgefordert sind alle Freisinnigen. Am Ende zählt nur die Summe der Initiativen und der Arbeit von uns allen, und alle vermögen mehr als Einzelne.

## Zürichsee-Zeitung

sucht

# Redaktorin/ Redaktor

für das Ressort Zürich / Region.

**Ihre Aufgaben:** Sie wirken an der täglichen Nachrichtenredaktion, Zeitungsdisposition und -gestaltung mit (Früh- und Mitteldienst, evtl. Spätdienst), betreuen schwerpunktmässig die Berichterstattung aus zwei bis drei Gemeinden des rechten Zürichseeufers und redigieren einzelne Beilagen.

Nebst Ihrer Eignung und Begeisterung für den Journalismus bringen Sie als **Voraussetzungen** Selbstständigkeit und Teamfähigkeit sowie eine bürgerlich-liberale politische Einstellung mit.

**Idealalter:** 23 bis 30 Jahre.

**Eintritt:** Anfang Juni 1989 oder nach Vereinbarung.

**Bewerbungsschreiben** mit Lebenslauf, Arbeitsproben sowie allfälligen Zeugnissen senden Sie an: Dr. Ulrich E. Gut, Chefredaktor der Zürichsee-Zeitung, Seestrasse 86, 8712 Stäfa.

 Zürichsee  
Zeitung



**Qualität.**

Mit leichten Fehlern?  
Liegt bei uns nicht drin, denn der Kunde hat Anrecht auf ein Produkt, das seinen Qualitätsanforderungen voll entspricht.

**WEIDMANN**

H. WEIDMANN AG, 8640 Rapperswil  
☎ 055 - 21 41 11

- Verschlussmechanik und Schieberformteile
- Spezialstapeln
- Koffertschlosskomponenten aus Thermo- und Duraluminium



### Führend im Pflanzen- und Holzschutz

#### Pflanzenschutz in der Landwirtschaft

Maag entwickelt und produziert umweltgerechte Pflanzenschutzmittel, damit ausreichende Ernten gesichert sind. Innovative Forschung und modernste Produktionsanlagen bilden die Basis dafür.

#### Haus und Garten

Die Maag-Produkte für Haus und Garten gegen Schädlinge, Pilzkrankheiten und Ungeziefer genügen höchsten Ansprüchen bezüglich Umweltverträglichkeit und Sicherheit des Anwenders.

#### Holzschutz

Holz ist Natur und Holz lebt. Daher benötigt es Pflege und Schutz – wie der Wald, aus dem es stammt. Maag wählen, heisst ein umweltfreundliches Konzept für den Holzschutz wählen.

Dr. R. Maag AG 8157 Dielsdorf Telefon 01/855 11 11

 Die Schweizer Berghilfe

**ist Hilfe in der Heimat**

 Verlangen Sie unseren Einzahlungsschein  
Telefon 01/202 88 33

 **WALDE & PARTNER**  
Forchstrasse 70, 8008 Zürich, Tel. 01 55 02 44

**Damit der Verkauf Ihrer Liegenschaft nicht zum Alptraum wird**

**Dazwischen liegt Penetrat**

Penetrat macht aus feuchten Kellern vielseitig nutzbare Räume – Lager, Archive oder sogar Standorte für EDV-Anlagen. Penetrat ist ein erprobtes Verdichtungsverfahren, mit dem altes Mauerwerk verfestigt wird. Die natürliche Diffusion der Mauern ist gewährleistet.

Fragen Sie den Penetrat-Spezialisten, was er aus Ihrem Untergeschoss machen kann.

 **bauplus**

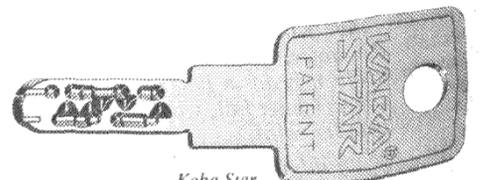
Wir halten dicht.

**Diener AG Bauunternehmung**  
Asylstrasse 77, 8030 Zürich  
Telefon 01 252 55 34

 **DIENER**

Der bauplus-Spezialist

MIT BAUER KABA LASSEN SICH GESCHÄFTE ERFOLGREICH ABSCHLIESSEN.



Kaba Star.  
Das universelle Schliesssystem.  
Von Bauer Kaba.

Zur Abstimmung über die Kleinbauern-Initiative

## Richtige oder falsche Etikette?

Liegt die Initiative «für ein naturnahes Bauern – gegen Tierfabriken (Kleinbauern-Initiative)» im Interesse der Kleinbauern, oder trägt sie, wie ihre Gegner festhalten, eine falsche Etikette? Diese Frage haben am Wochenende des 4. Juni die Urnengänger auf eidgenössischer Ebene zu beantworten. Christian Beusch hat Argumente pro und contra zusammengetragen:

Die Initiative wurde Ende Februar 1985 eingereicht; sie vereinigte rund 126 000 Unterschriften auf sich. Lanciert wurde sie von der Vereinigung der kleinen und mittleren Bauern (VKMB). Namhafte Unterstützung sowohl in materieller wie infrastruktureller Hinsicht erhielten die Initianten bei der Lancierung ihrer Idee, bei der Unterschriftensammlung und nun auch in der Abstimmungskampagne durch den Grossverteiler Denner.

### Was will die Initiative?

Gemäss den Initianten werden mit der Initiative vier Hauptziele angestrebt: Erstens soll die Landwirtschaftspolitik konsequent auf den bäuerlichen Familienbetrieb ausgerichtet werden. Zweitens sollen die Konsumentinnen gesunde Nahrungsmittel kaufen können, die auf einem bäuerlichen Familienbetrieb naturnah produziert werden. Drittens sollen Steuerzahler und Konsumenten «von den sinnlosen Kosten für die Verwertung landwirtschaftlicher Überschüsse entlastet werden». Und viertens soll der Import von landwirtschaftlichen Produkten frei werden, verbunden allerdings mit der Auflage,

zuviel Gewicht im Gegensatz zu den Klein- und Mittelbetrieben beigemessen wird. Der Gründung der Vereinigung ging eine heftige – und zum Teil auch in den Medien geführte – Auseinandersetzung voraus.

### Nachteile für Kleinbetriebe

Dass in der helvetischen Landwirtschaftspolitik nicht alles «rund» läuft, wird kaum von jemandem bestritten. Auch der Bundesrat stellt in seiner Botschaft zur Kleinbauern-Initiative an die eidgenössischen Räte fest, dass «wir verschiedene Anliegen der Initianten zumindest teilweise für gerechtfertigt halten». Dennoch beantragt die Landesregierung Ablehnung der Initiative. Ihr folgte der Nationalrat mit 103 zu 45 Stimmen, der Ständerat mit 35 zu 4.

Als gewichtigste Beweggründe für ein Nein führt der Bundesrat zahlreiche Argumente an, die in der Debatte in den eidgenössischen Räten wieder aufgenommen wurden. Die durch die Initiative vorgeschriebene Beschränkung des Agrarschutzes auf bäuerliche Betriebe und die dadurch nötig werdende Abgrenzung der bäuerlichen von den anderen Betrieben wären nach seiner Ansicht mit beträchtlichen Schwierigkeiten verbunden und nur mit hohem administrativem Aufwand zu bewältigen. Zudem würden von einer solchen Massnahme die Betriebe sehr unterschiedlich profitieren oder belastet. So würden vorab viele kleinflächige Betriebe, weil sie die von der Initiative vorgeschriebenen Mindestwerte bezüglich der eigenen Futterbasis nicht erreichen, vom Agrarschutz ausgeschlossen werden. Die Realisierung der Initiative hätte im weiteren zur Folge, dass etwa 1200 landwirtschaftliche Betriebe, die von Verwaltern bewirtschaftet werden, des staatlichen Agrarschutzes verlustig gingen. Weitere 2000 bis 2500 Betriebe würden wegfallen, weil sie nicht vorwiegend mit familieneigenen Arbeitskräften bewirtschaftet werden, sondern mit Angestellten.

### Probleme im Import- und Exportbereich

Die geforderte Neuordnung im Importbereich für Agrarprodukte hätte Konsequenzen weit darüber hinaus. So bemerkt der Bundesrat dazu in seiner Botschaft, dass bei einer Änderung des Einfuhrschutzes im Sinne der Initiative «unsere völkerrechtlichen Grund-

lagen, insbesondere unser Agrarstatut im Gatt, neu ausgehandelt werden müssten. Unsere Handelspartner dürften dabei weitreichende Kompensationsforderungen sowohl auf der Import- wie auch auf der Exportseite an uns stellen, die auf Grund der heutigen Produktionsstruktur in unserer Landwirtschaft nur sehr schwer zu erfüllen wären.»

### Initiative

#### «bergbauernfeindlich»

Aber auch eine Landwirtschaftskategorie, die von der Kleinbauern-Initiative sich eigentlich angesprochen fühlen müsste, steht dem Volksbegehren ablehnend gegenüber: Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete (SAB) bezeichnete es als «bergbauernfeindlich». Die Wirkung der Initiative gehe in die falsche Richtung, da grossflächige Betriebe in Lagen mit gutem Futterwuchs sowie Ackerbaubetriebe mit dem Volksbegehren «einen wesentlichen Vorteil» erhielten.

### Zahlreiche Massnahmen zugunsten der Landwirtschaft

Der Bundesrat erinnert in seiner Botschaft daran, dass zahlreiche Massnahmen – er erwähnt deren 19 – in der jüngsten Zeit ergriffen oder vorgesehen wurden, um die Lage der Landwirtschaft zu verbessern. Er erinnert insbesondere an die Fortführung und den Ausbau der Massnahmen zugunsten der Klein- und Bergbetriebe, an die Bemühungen gegen die Konzentration in Tierhaltung und landwirtschaftlichem Bodenbesitz. Zudem weist er darauf hin, dass gegenwärtig Lösungsvorschläge für den Ausbau der Direktzahlungen erarbeitet werden.

Fazit nach Ansicht von Bundesrat und Mehrheit der eidgenössischen Räte: Die Initiative rennt zum Teil offene Türen ein, wirkt sich zum Teil kontraproduktiv auf die anvisierten Klein- und Mittelbetriebe aus, weshalb sie abzulehnen ist.

### Erweiterte Smog-Grenzwerte?

**Anregung von freisinniger Seite**  
Der Bundesrat soll bei der Festlegung der Smog-Grenzwerte zusätzliche Warn- und Interventionsstufen für die beiden Schadstoffe Stickstoffdioxid und Ozon bestimmen. Dies regt in einem Vorstoss Nationalrat Kurt Müller an. Der freisinnige Zürcher begründet sein Begehren damit, dass in den Januar- und Februarwochen 1989 auf Grund der vielerorts festgestellten Überschreitungen der in der Luftreinhalteverordnung festgelegten Grenzwerte der Eindruck entstand, es bestehe eine gesundheitlich bedenkliche Smoglage, obwohl keine akuten Gesundheitsschädigungen vorlägen.

Um die Bevölkerung nicht unnötig in Unruhe und Angst zu versetzen, will FDP-Nationalrat Müller als Beitrag zur Klärung des Gefährdungspotentials in solchen Situationen Empfehlungen auch für die Schadstoffe Stickstoffdioxid und Ozon, wie sie bereits beim Schwefeldioxid vorhanden sind. Solche Smogwerte sollten nach seiner Auffassung nicht nur den internationalen Wissensstand über die Auswirkungen der Schadstoffe auf die Menschen berücksichtigen, sondern auch den bei solchen Messungen üblichen Messfehlern angemessen Rechnung tragen. Zudem stellt Nationalrat Müller dem Bundesrat die Frage, ob dieser in der Lage sei, solche Empfehlungen, zumindest für den Sommerschadstoff Ozon, spätestens bis im Frühsommer vorzulegen.

### Wertvolle Grundlage

#### FDP-Stellungnahme zum Strategiebericht

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) erachtet den Strategiebericht für eine Flüchtlings- und Asylpolitik der neunziger Jahre für eine wertvolle Grundlage. Mit ihr kann eine breite, intensive Debatte in der Öffentlichkeit über die künftige schweizerische Asylpolitik geführt werden. Der Bericht bietet zudem die Chance dazu, statt über Einzelfälle über Grundsätze zu debattieren.

Der Bericht bestätigt die bereits früher von der FDP geäusserte Ansicht, dass die derzeitige asylpolitische Erscheinung keine vorübergehende ist, sondern andauern wird. Deshalb hat die Schweiz ein längerfristiges Konzept der künftigen Asylpolitik auszuarbeiten. Ebenso vertritt die Partei die Haltung, dass Lösungsansätze in der Asylpolitik unter Einbezug migrationspolitischer Gesichtspunkte zu formulieren sind. Auch die neue

asylpolitische Strategie hat sich nach freisinniger Auffassung an den Grundzügen der geltenden Regelung und insbesondere an den humanitären Verpflichtungen der Schweiz zu orientieren. Zugleich ist die Menschenrechtspolitik der Schweiz wie die Bereitschaft, sich an friedenserhaltenden Aktionen zu engagieren, zu verstärken.

Die FDP hofft, dass das vorgesehene Vernehmlassungsverfahren als Resultat einen breiten politischen Konsens zeitigt. Denn nur so kann den zuständigen Instanzen auf Gemeinde-, Kantons- und Bundesebene jene Rückenstärkung vermittelt werden, auf die sie bei der Bewältigung ihrer schweren Aufgabe angewiesen sind. Deshalb gibt die Partei ihrer Erwartung Ausdruck, dass der Bericht nicht zu voreiligen Beurteilungen verleitet, sondern intensiv diskutiert wird.

### Arbeitstagung der FDP Schweiz

## Marktwirtschaft und Umweltschutz

Samstag, 27. Mai 1989, 10.00–16.00 Uhr,  
Hotel Ambassador, Bern

(Seftigenstrasse 97, Tram No. 9, Richtung Wabern Haltestelle Schöngegg)

- Führen nur Verbote und Gebote zu einem wirksamen Umweltschutz?
- Sind marktwirtschaftliche Instrumente flexibler und effizienter?
- Lassen sich damit vorgegebene Schutzziele mit volkswirtschaftlich geringeren Kosten erreichen?
- Ist unser Umweltschutzgesetzgebung auf eidgenössischer und/oder kantonaler Ebene durch Einfügen marktwirtschaftlicher Instrumente zu ergänzen?

Solche Fragen sind heute aus zwei Gründen aktuell!

1. Weil noch dieses Jahr die Vernehmlassung zu einer Revision des Umweltschutzgesetzes beginnen soll, das unter anderem die Einführung marktwirtschaftlicher Instrumente bezweckt;

2. weil vor kurzem der Entwurf zu einem basellandschaftlichen Umweltschutzgesetz veröffentlicht wurde, das entsprechende Bestimmungen enthält.

#### Programm

10.00–10.10 Uhr	Begrüssung (Walter Schiesser, Präsident der Arbeitsgruppe Umweltschutz)
10.10–10.20 Uhr	Umweltschutz als Aufgabe unserer Partei (Nationalrat Franz Steiner, Präsident der FDP der Schweiz)
10.20–10.35 Uhr	Überblick über das Instrumentarium (Dr. Max Zürcher, Wirtschaftsförderung, Zürich)
10.35–10.50 Uhr	Le prix de l'environnement dans une économie de marché (Anne Petitpierre, avocate, Genève)
10.50–11.05 Uhr	Herausforderung und Bedrohung für die Wirtschaft (Nationalrat Heinz Allenspach, Zentralpräsident schweizerischer Arbeitgeberorganisationen)
11.05–11.20 Uhr	Eine liberale Chance (Nationalrat Kurt Schüle, Schaffhausen)
11.20–11.30 Uhr	Pause
11.30–12.30 Uhr	Gruppenarbeit I
12.30–13.30 Uhr	Mittagsverpflegung
13.30–14.30 Uhr	Gruppenarbeit II
14.30–14.40 Uhr	Pause
14.40–15.10 Uhr	Kurzberichte aus den Arbeitsgruppen
15.10–16.00 Uhr	Diskussion mit den Referenten und Arbeitsgruppenleitern unter Leitung von Nationalrat Paul Wyss, Basel

#### Themen und Leiter der Arbeitsgruppen

1. Emissionszertifikate: Dr. Ernst Basler, Zollikon
2. Anreize für Konsumenten: Kantonsrätin Margrit Huber-Berninger, Vizepräsidentin Konsumentinnenforum der deutschen Schweiz, Zürich
3. Energiesteuer: Nationalrätin Vreni Spoerry-Toneatti, Horgen
4. Abgabe auf Stickstoffdünger: Nationalrat Christian Wanner, Präsident des FDP-Landwirtschaftsausschusses, Messen SO
5. Ökobonus: Dr. Ruedi Müller-Wenk, Goldach
6. Umweltschutzgesetz Basel-Land: Landrat Andreas Koellreuter, Aesch BL

● Angemeldete Teilnehmer erhalten rechtzeitig eine Kurzfassung der Studie «Marktwirtschaftliche Umweltschutzinstrumente», welche die Robert W. Mädl AG, Umweltschutzberatungen, Zürich, im Auftrag der Arbeitsgruppe Umweltschutz verfasst hat. Die Untersuchung wurde von einem Sachverständigenrat begleitet (Dr. Ernst Basler, Prof. H.-C. Binswanger, Prof. Dr. R.L. Frey, Prof. Peter Tschopp).

- Ansprachen und Voten werden simultan übersetzt.
- Diskussion in den Arbeitsgruppen Deutsch und Französisch.
- Zu dieser gemeinsamen Veranstaltung der Arbeitsgruppe Umweltschutz und des Wirtschaftsausschusses der FDP der Schweiz sind alle interessierten Parteimitglieder eingeladen.

Der/die Unterzeichnete

nimmt an der Arbeitstagung vom 27. Mai 1989 teil und wünscht Teilnahme in der

Arbeitsgruppe Nr. \_\_\_\_\_ oder Nr. \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Talon bitte an das Generalsekretariat FDP, Postfach, 3001 Bern, retournieren.

Die FDP der Schweiz hat am Parteitag in Neuenburg mit deutlichem Mehr die Nein-Parole zur Kleinbauern-Initiative beschlossen.

dass die Importeure anteilmässig einheimische Produkte aus bäuerlichen Betrieben zu kostendeckenden Preisen zu übernehmen haben. Die Initianten haben ihr Begehren unter dem Slogan zusammengefasst: «Für die Ausrichtung der Landwirtschaftspolitik auf den bäuerlichen Familienbetrieb und die entsprechende Entlastung von Natur, Konsumenten und Steuerzahlern.»

### Harsche Kritik

Die Initianten der Kleinbauern-Initiative stehen der schweizerischen Landwirtschaftspolitik sehr kritisch gegenüber. Schon Anlass zur Gründung der VKMB war die Unzufriedenheit gegenüber der Landwirtschaftspolitik des Bundes wie aber auch der Haltung des Schweizerischen Bauernverbandes. Die 1980 gegründete Vereinigung vertritt die Ansicht, dass sowohl in Bern wie in Brugg, dem Sitz des Schweizerischen Bauernverbandes, den Grossbetrieben

## Spaltenstein

### IMMOBILIEN AG

Unsere Dienstleistungen:

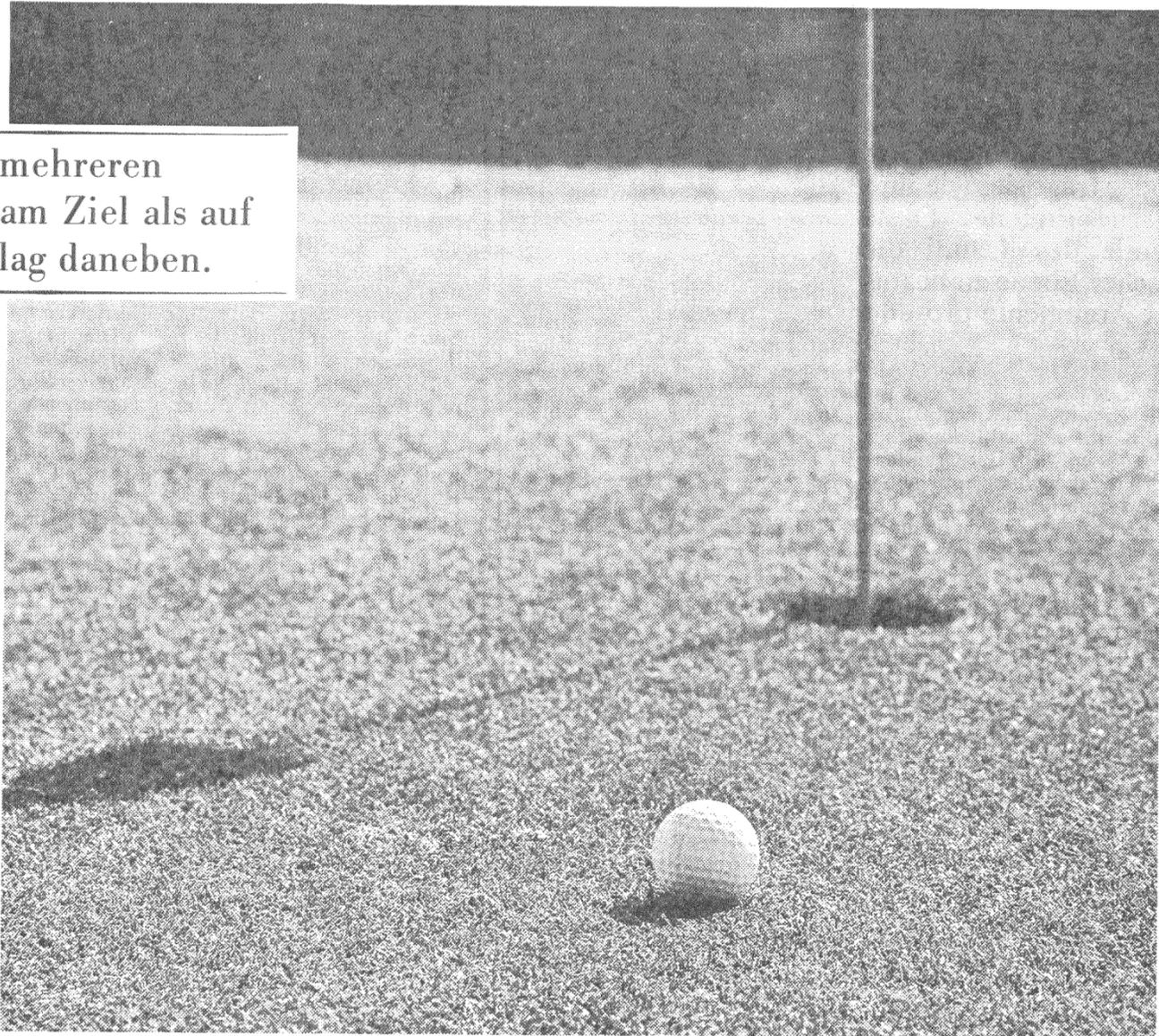
- Liegenschaften-Verwaltung und Bewirtschaftung
- Vermietung und Verkauf von Liegenschaften
- casatip: Der Service für Liegenschaften-Käufer
- Bauherren-Treuhand, Projektentwicklung
- Marketing-Beratung

Immobilien-Projekte

- Nutzungskonzepte
- Städtebaulich integrierte Bauprojekte
- Reihenhäuser in Gruppen, Typ (Peikert Econom)
- Gesamtrenovierungen
- Stockwerkeigentum
- Vertragswesen

SPALTENSTEIN IMMOBILIEN AG, Siewerdstr. 8, 8050 Zürich, Tel. 01/316 13 00

Besser in mehreren Schritten am Ziel als auf einen Schlag daneben.



Die längerfristige Zielsetzung bestimmt die mit Ihnen gemeinsam zu erarbeitende Anlagestrategie: Erfolge auf lange Sicht kennzeichnen professionelles Banking.

Wer sie mit einem Schlag erreichen will, braucht Glück.

Wir verlassen uns lieber auf das, was uns mit Sicherheit zur Verfügung steht. Und nähern uns Schritt für Schritt über präzise Analysen, Informationen, Daten und Erfahrungen dem Ziel.

Auf allen Plätzen der Welt.

### BANK VONTOBEL Zürich

**persönlich – professionell**

Bank J. Vontobel & Co. AG,  
Bahnhofstrasse 3, CH-8022 Zürich,  
Schweiz, Tel. 01 488 7111.  
Vontobel USA Inc.,  
450 Park Avenue, New York, N.Y.  
10022, USA, Tel. (212) 415-7000.

## Die Funktion von Vereinen und Verbänden

### Träger des Schweizer Sports

Trotz den Trends zur Ungebundenheit und Unabhängigkeit in der heutigen Gesellschaft sind Vereine und Verbände, abgesehen von ihrer staatspolitischen Bedeutung, weiterhin die Träger des Schweizer Sports. Diese Ansicht vertritt und erläutert Karl Güntzel (St. Gallen).

Wo nämlich im sportlichen Wettkampf Sieger ermittelt werden, sind gewisse organisatorische und administrative Rahmenbedingungen notwendig. Dabei kann die Aufgabenteilung stichwortartig wie folgt vorgenommen werden: Die Vereine sind vor allem für die Vorbereitung und das Training verantwortlich, während die Verbände die Voraussetzungen für den Sportbetrieb schaffen durch die Organisation des Wettkampfbetriebs, durch die Ausbildung von Trainern – in Zusammenarbeit mit Jugend und Sport –, Schiedsrichtern und Funktionären sowie durch das Schaffen optimaler Rahmenbedingungen.

Wenn ich im folgenden einige Vereinstypen skizziere, so bin ich mir bewusst, der bestehenden Vielfalt nicht gerecht zu werden. Auch bestehen etwelche Unterschiede zwischen Individual- und Mannschaftssportarten. Der weit-sichtige Spitzenverein pflegt neben seinen Exponenten gezielt den eigenen Nachwuchs, da eine Spit-

Die Grundzüge des Schweizer Sports mit der heute geltenden Aufgabenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden sowie SLS, Verbänden und Vereinen/Klubs sind im «Schweizerischen Sportkonzept» vom 15. Dezember 1978 geregelt. Im weitem gibt das «Vademecum des Schweizer Sportes», herausgegeben 1986 von SLS, SOC, ETSK und ETS, einen guten Überblick.

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure

**Spross**

Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich  
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

zenposition nicht über längere Zeit ohne eigene Basis gehalten werden kann. In diesem Verein haben auch die Freizeitsportler Platz, da Atmosphäre und Kameradschaft wichtig sind. Der kurz-sichtige Spitzenverein lebt im Heute und vergisst, dass (sportliche) Erfolge kurzlebig sein können. Ohne Förderung des eigenen Nachwuchses kommt plötzlich das böse Erwachen, oft verbunden mit einem tiefen Fall. Der ambitionierte Grossverein kennt die sportlichen Gesetze. Deshalb pflegt er den eigenen Nachwuchs, obwohl er weiss, dass talentierte Sportler zu Spitzenvereinen ab-



Karl Güntzel, St. Gallen, Mitglied der Arbeitsgruppe FDP Sport, Rechtsanwalt, Geschäftsführer des Hauseigentümer-Verbandes St. Gallen, Mitglied des Grossen Gemeinderates St. Gallen, Zentralpräsident des Schweizerischen Handball-Verbandes von 1983 bis 1987, Sekretär der Arbeitsgemeinschaft der Westeuropäischen Handball-Verbände.

wandern, solange er selbst nicht zur absoluten Spitze gehört. Der ambitionslose Kleinverein will mit möglichst wenig Aufwand Sport betreiben. Kameradschaft ist ihm wichtiger als sportlicher Erfolg.

Trotz der bereits erwähnten Vielfalt bin ich überzeugt, dass die ausgewählten Vereinstypen in allen Sportarten anzutreffen sind; im Handball könnte ich mehrere Beispiele nennen. Ähnlich ist es auch bei den Verbänden, die sich aber sehr oft weniger in den Strukturen als vielmehr in den Zielsetzungen und in den verantwortlichen Repräsentanten unterscheiden. Bei aller Vielfalt und Unterschiedlichkeit darf aber ein typisch schweizerisches Element, das Milizsystem, nicht vergessen und unterschätzt werden. Die ehren- und nebenamtliche Sportführung in Vereinen und Verbänden bildet die Basis des Schweizer Sports und verdient Anerkennung und Dank.



### Spiel mit gezinkten Karten

Dass unsere Monopolmedien, Fernsehen wie Radio DRS, ihre Machtstellung missbrauchen, ist schon längst kein Geheimnis mehr. Was aber das Radio am Vorabend der Ostertage mit dem «Fall Villiger» ausstrahlte, ist mehr als nur ein Ausrutscher. Vielmehr war die Sendung eine gezielte und geplante Diskreditierung eines Bundesrates, der im Vorfeld der Abstimmung über eine Schweiz ohne Armee in ein schiefes Licht gestellt werden soll. Wie anders lässt es sich sonst erklären, dass auf Kosten unserer Konzessionsgelder drei Journalisten für längere Zeit auf eine Unternehmung angesetzt werden, um in deren Geschichte herumzuwühlen? Wäre Kaspar Villiger nicht vor wenigen Wochen Bundesrat geworden, die Firma Villiger wäre von den Radiogewaltigen keines Blickes gewürdigt worden. Nun aber musste zwingend etwas aufgestöbert werden, da ein helvetischer Militärminister ohne Fehl und Tadel ja Gift für die Phalanx der Armeegegner wäre. Und gerade hier beginnt der eigentliche Skandal. Einer der drei Villiger-Journalisten ist nie-

mand anderer als Toni Ladner, seines Zeichens einer der 100 Erstunterzeichner der Initiative für eine Schweiz ohne Armee. Natürlich wurde dies im Vorspann der Sendung nicht erwähnt, sollte der Zuhörer doch glauben, die Autoren der Villiger-Sendung seien «objektive und unverfälschte» Journalisten. Wenn an der erwähnten Sendung nun doch noch ein guter Faden ist, so einzig und allein der, dass sie klarstellte, dass «Verfälschung» beileibe kein «bürgerliches Übel» ist. Vielmehr hat der DRS-Auftrag an Toni Ladner klar aufgezeigt, wie massiv die Verfälschung in unseren Staatsmedien ist und wie hemmungslos diese auch eingesetzt wird. Vor einem solchen Hintergrund bleibt zu hoffen, dass die Linksparteien, die gegenwärtig quer durch alle Parlamente hindurch eine völlige Offenlegung wirtschaftlicher Interessen verlangen, diese Forderung auch auf politische Interessen und die Medien ausdehnen. Denn wenn Journalisten vor ihren Sendungen bekanntzugeben hätten, in welchen Initiativ- und Aktionskomitees sie einsitzen, welche Demonstrationen sie mitorganisieren, welches ihre politischen Gesinnungsfreunde sind usw., dann würde vielleicht endlich auch der schweigenden Mehrheit einmal ein Licht aufgehen.

So lange aber Journalisten wie Toni Ladner unter dem Deckmantel des nationalen Monopolmediums ungehemmt agieren können, so lange wird beim staatlichen Fernsehen und Radio mit unserem Geld weiterhin ein Spiel mit gezinkten Karten gespielt.

Peter Weigelt, St. Gallen

## Haben Sie ihn schon?

Den Jahresbericht der FDP der Schweiz. Wenn nicht, können Sie ihn mit diesem Talon bestellen. Gratis.

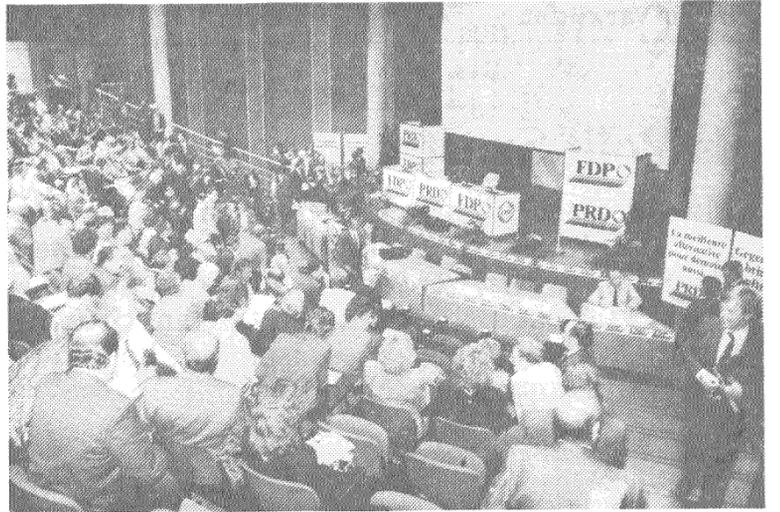
Senden Sie mir bitte den Jahresbericht der FDP der Schweiz. Gratis.

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort \_\_\_\_\_

Einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.



## Erfolgreicher FDP-Parteitag in Neuenburg

300 freisinnige Delegierte und Parteifreunde versammelten sich Ende März/Anfang April in Neuenburg zum diesjährigen Parteitag der FDP der Schweiz, der sowohl in politischer Hinsicht, aber auch – was nicht verschwiegen werden darf – in gesellschaftlicher ein Erfolg wurde. Symptomatisch für Stimmung in der Neuenburger Hauptstadt mag obiges Bild von Bundespräsident Jean-Pascal Delamuraz sein.



# La Paz macht sie wild.



Unverfälscht wild. Aber doch aromatisch leicht. Das sind Wilde Cigarillos von La Paz. Die ein Bündel am Brandende freilassen, das ein Stück wilder Natur nach aussen kehrt. Weil sie zeigen dürfen, dass sie aus einer Mischung dutzender, nur reiner Tabake gemacht sind. Und deshalb keine künstliche «Geschmacksaufbesserung» nötig haben.

Sorgsam mélangiert und liebevoll mit kostbaren Deckblättern umhüllt. Ehrlich eben.

Wilde Cigarillos von La Paz. Ehrlichkeitshalber.



Zu den Vorwürfen gegen Chefbeamte des Bundes

## Gegen Kopfgängerei als Polit-Sport

«Mit durchschaubaren Hinterabsichten wird gegenwärtig Kopfgängerei als Polit-Sport betrieben, zum Schaden der Verwaltung und des Staates.» Dieser Ansicht ist Nationalrat Hans Rudolf Gysin. Der Baselbieter Freisinnige begründet seine Auffassung nachstehend:

Jedermann wünscht eine korrekte, solide, speditive Verwaltung. Zugleich sollte sich jedermann bewusst sein, dass niemand vor Fehlern gefeit ist und dass einige Fehler noch keine schlechte Betragensnote rechtfertigen. Anders ist es, wenn ein einzelner Fehler kapitale Bedeutung hat.

### Keine «skandalösen» Zustände

Als die Vorkommnisse im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) die Öffentlichkeit bewegten, stellten flugs verschiedene Politiker die Behauptung auf, jene Affäre sei nur die Spitze des Eisberges. In Wirklichkeit herrsche im EJPD, wenn nicht sogar darüber hinaus, eine dicke Verfilzung. Die Zustände seien skandalös. Ein linker Nationalrat liess der Phantasie freien Lauf und äusserte den Verdacht, Bundesstellen stünden unter dem Einfluss der Mafia. Der Bundesanwalt und andere Chefbeamte wurden unter Beschuss genommen.

Alt Bundesrichter Arthur Haefliger, assistiert vom sozialdemo-



kratischen Berner Gerichtspräsidenten Tschäppät, führte im Auftrag des Bundesrates eine Administrativuntersuchung im EJPD durch, der nun eine Untersuchung durch eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) folgt. Ich darf festhalten, dass alle Parteien gründliche Untersuchungen befürwortete. Der Vorwurf der «Vertuschungspoli-

tik», den LdU-Nationalrat Jaeger erhebt, ist grob wahrheitswidrig.

### Verfilzungs-Konstrukteure

Alt Bundesrichter Haefliger kreierte dem Bundesanwalt ein paar Fehler an, ohne dessen Pflichtbewusstsein in Frage zu stellen. Ich frage mich übrigens, ob man nicht in jeder Verwaltung, in jeder Organisation oder in jedem Betrieb annähernd so viele oder noch mehr Fehler eruieren könnte. Verlieren wir doch nicht in einer momentanen Überreizung den Sinn für die Proportionen in der Beurteilung von Amtsträgern. Der Haefliger-Bericht enthält keine moralische Anklage gegen den Bundesanwalt oder etwa gegen den Generalsekretär des Justizdepartements. Der Bundesanwalt, ein erfahrener und integrier Berufsmann, will im Herbst den Hut nehmen, obwohl ihm der Haefliger-Bericht trotz dem Vorhalt einiger Fehler die Eignung zum Amt nicht abspricht. Aber als Ziel einer Breitseite scharfer Attacken hat er genug, was ihm nachzufühlen ist.

Die PUK wird weiter untersuchen, wobei ihr der Haefliger-Bericht gute Dienste leisten kann. Bereits darf aber gesagt werden, dass für die Verfilzungsbehauptung keine Anzeichen vorhanden sind. Aus durchsichtigen politischen Gründen wurde diese Behauptung auf Vorrat konstruiert.

### Jetzt Arbenz an der Reihe

Ich habe keine persönlichen Beziehungen zu den angefochtenen Chefbeamten, auch nicht zum Flüchtlingsdelegierten Peter Arbenz. Weder fühle ich mich berufen, ihnen Persilscheine auszustellen, noch falle ich blindwütig

über sie her. Sicher ist Arbenz um seine äusserst heikle Aufgabe, bei der er stets mit Kritik und Widerständen von dieser oder jener Seite zu rechnen hat, nicht zu beneiden.

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates erspart ihm gewisse Vorwürfe nicht. Aber bevor der Bericht erschien, bevor er diskutiert werden konnte, forderte Nationalrat Jaeger den Rücktritt von Arbenz. Das Peinlichste an der Forderung ist die Herkunft von einer Seite, wo man generell gegen die Asylpolitik des

Bundes ist. Soll der Angriff auf Arbenz zum Angriff auf die Asylpolitik des Bundes benützt werden? Damit würden sich allerdings die Angreifer den falschen Finger verbinden, da die klare Mehrheit des Volkes diese Politik wünscht.

Mit durchschaubaren Hinterabsichten wird gegenwärtig Kopfgängerei als Polit-Sport betrieben, zum Schaden der Verwaltung und des Staates. Ich bin für saubere Abklärungen, aber gegen anmassende Methoden vorgeblicher Saubermänner.

Zu den Vollzugsproblemen in der Asylpolitik

## Auseinanderklaffen von Gesetz und Praxis

Die Stimmung und Haltung breiter Schichten der Bevölkerung gegenüber unserer Asylpolitik hat sich in letzter Zeit nochmals deutlich verschlechtert. In den Medien stehen – so FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny – vor allem die Stimmen von Kirchenkreisen und Hilfswerken sowie von Exponenten der politischen Linken im Vordergrund, welche kontinuierlich auf eine Änderung unserer Asylpolitik dringen. Seine Meinung und Forderungen begründet der Berner Parlamentarier wie folgt:

Demgegenüber wächst aber in weiten Kreisen des Volkes der Eindruck, dass die Asylpolitik auf der Vollzugsebene in wichtigen Teilen nicht mehr dem geltenden Asylgesetz entspricht. Es besteht heute im Bereich der Asylpolitik eine Kluft zwischen dem «pays légal» und dem «pays réel». Diese Kluft hat sich durch Probleme auf zwei verschiedenen Ebenen ergeben: Einerseits weicht der eigentliche Vollzug in wichtigen Punkten vom Gesetz ab, andererseits gibt es auch schwerwiegende Probleme bei der Durchsetzbarkeit legal getroffener Entscheide.

### «Kalte» Asylgesetzrevision

Als Beispiele dieser «kalten» Revision des Asylgesetzes, das nach einem Referendum vom Souverän gutgeheissen wurde, seien genannt:

- Artikel 3 Abs. 1 (Der Begriff des Flüchtlings): Er wird weniger durch die Gesetzesanwendung als durch die mangelnde Durchsetzbarkeit wegen einer permanenten Agitation allmählich illusorisch. Art. 3 sagt klipp und klar, dass nur eine Aufnahme als Flüchtling in Betracht kommt, wenn der Gesuchstellende «wegen seiner Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen seiner politischen Anschauung» verfolgt wird. Wirtschaftliche Faktoren sind vom Gesetzgeber bewusst nicht berücksichtigt worden.

- Artikel 45 (Grundsatz der Nichtrückschiebung): Dass niemand zur Ausreise in ein Land gezwungen werden kann, in dem «sein Leib, sein Leben oder seine Freiheit aus einem Grund nach Art.3 Abs. 1 gefährdet ist oder in dem eine Gefahr besteht, dass er zur Ausreise in ein solches Land gezwungen wird», ist an sich unbestritten. Es besteht aber überhaupt kein Anlass, für all jene, die aus unseren Nachbarstaaten illegal über die Grenze in die Schweiz gelangen, dieses Prinzip anzuwenden.

- Auch die vom Gesetz vorgesehene Regelung an der Grenze wurde durch die widersprüchliche Regelung in der Vollzugsverordnung praktisch wertlos gemacht (insbesondere durch die weit überhöhte Zahl der Grenztorre und die erst auf Vollzugsebene eingeführten Empfangsstellen, die zu einer sehr widersprüchlichen Doppelspurigkeit geführt haben). Die Regelung an der



Grenze ist zudem nur mit einer konsequenten Anwendung von Art. 45 sinnvoll.

### Unhaltbare Situation

Durch diese auf die Dauer unhaltbare Situation in unserer Asylpolitik wird auch unsere Fremdarbeiterpolitik, in der es dem Bundesrat durch eine jahrelange unablässige Arbeit gelang, das Vertrauen weiter Kreise der Bevölkerung wieder zu erringen, in Frage gestellt. Heute wird der Ausländer, welcher korrekt ein Gesuch für eine Fremdarbeiterbewilligung stellt, gegenüber dem Wirtschaftsflüchtling, der vorgibt, Asylant zu sein, in völlig unzulässiger Weise benachteiligt. Das führt dazu, dass die vom Schweizervolk mehrfach sanktionierte Stabilisierungspolitik unterwandert und ausgehöhlt wird.

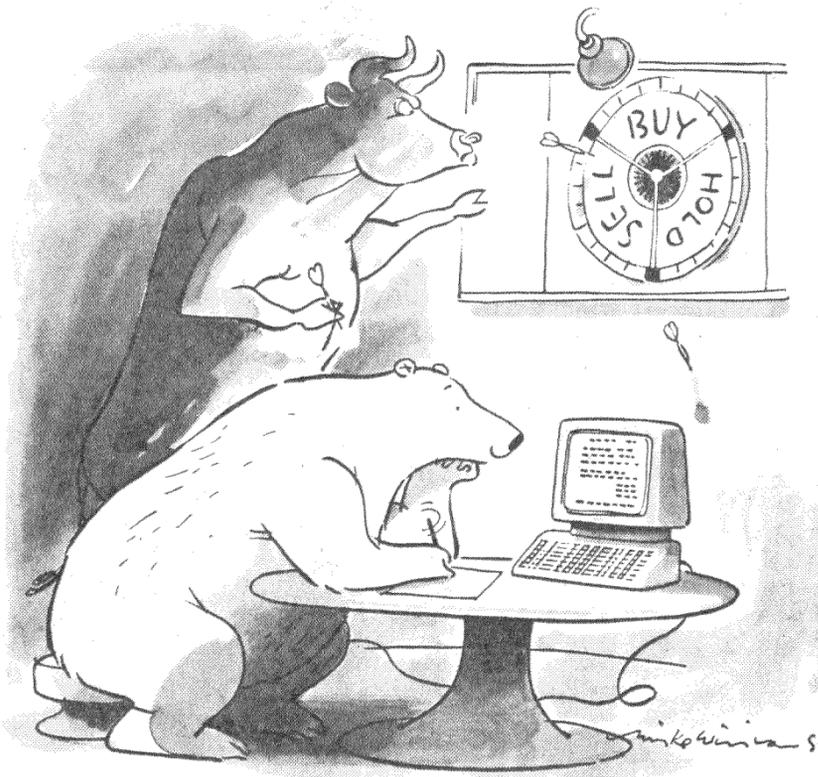
### Fragen an den Bundesrat

Aus diesen Gründen habe ich eine Interpellation eingereicht und den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

- Wie gedenkt er, rasch und durchgreifend die Asylpolitik wieder auf die gesetzliche Grundlage zurückzuführen?

- Wie gedenkt er, die Durchsetzbarkeit des geltenden Rechtes und der getroffenen Entscheide zu gewährleisten, so wie das in einem Rechtsstaat selbstverständlich ist?

- Wie gedenkt er zu verhindern, dass die vom Schweizervolk mehrfach sanktionierte Zielsetzung unserer Fremdarbeiterpolitik durch die Praxis im Asylbereich unterwandert wird?



## Gewisse Dinge sollte man nicht dem Zufall überlassen.

Schon gar nicht die Wahl seines Vermögensberaters. Wenn Ihr Anlageziel langfristig auf das Bewahren und Mehren Ihres Vermögens ausgerichtet ist, sollten Sie mit uns sprechen.

Die Bank Julius Bär ist mit über vierzigjähriger Spezialisierung in der internationalen Vermögensverwaltung auf eine optimale, weltweite Risikosteuerung bedacht. Mit einer zwar konservativen, aber dennoch innovativen Anlagepolitik. Diese gesunde Mischung ist gerade in turbulenten Zeiten eine von privaten und institutionellen Anlegern geschätzte Investmentstrategie.

JB<sup>co</sup>B

BANK JULIUS BÄR

For the Fine Art of Swiss Banking

Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich, Tel. (01) 228 51 11  
Genf · London · New York · San Francisco · Los Angeles · Mexiko City · Hongkong · Tokio